



FRAUEN GESELLSCHAFT UND POLITIK

Themen dieser Ausgabe

Aktuelles

- Sinus-Milieustudie
zu Diskriminierung im Alltag 2
- Bundestag:
Fraktionen einig über besseren
Schutz für behinderte Frauen 3

Führungspositionen

- Führungskräfte-Monitor: Im Osten
verdienten Frauen 2006 mehr
als ihre Kollegen 4
- Hans-Böckler-Studie: Auf den
Vorstandsetagen der Wirtschaft
sind fast 700 Manager unter sich 5

BundespräsidentInnenwahl

- „Wir brauchen jetzt Frauen, die uns
aus der Krise herausführen“
Interview mit Gesine Schwan (SPD) . 6

Supplement

Frauen.Gesundheit & Politik

- Rheinland-Pfalz: Beratungsstellen für
suchtkranke Frauen voll ausgelastet.. II
Gesetzgebung – wichtiger Motor
für eine gendergerechte
Gesundheitsversorgung. VI

Alterssicherung

- Rente mit Abschlag: Mittelbare
Diskriminierung der Frauen 15

Europa

- Diskussion:
Weg für Geschlechterparität in
den EU-Gremien freimachen... 16 – 17
Chancengleichheit in Europa bleibt
gemeinsame Zukunftsaufgabe..... 18

Kirche

- Bischöfin Margot Käßmann:
„Innerkirchliche Strukturen an
Lebenswelten anpassen“ 20

Termine 19

Impressum..... 20

EU-Gremienbesetzung

Im Parlament noch weit von der 50-Prozent-Marke entfernt

zwd Berlin. Eine paritätische Geschlechterbesetzung der EU-Gremien ist noch längst nicht erreicht. Derzeit liegt der Frauenanteil unter den Parlamentsabgeordneten bei 30 Prozent. Über die politischen Konzepte, mit denen eine Gleichstellung auf EU-Ebene vorangetrieben werden könnte, diskutierten fünf Kandidatinnen für die Europawahl 2009 auf der Veranstaltung „Frauen für Europa – Europa für Frauen!“ am 6. April in Berlin. 16–17

Führungskräfte in Unternehmen

Je höher der Börsenplatz, desto weniger Frauen im Vorstand

zwd Berlin. Auf den Vorstandsetagen der Wirtschaft regieren fast 700 Manager unter sich. Mit der höheren Börsenplatzierung eines Unternehmens schrumpft zudem der Frauenanteil im Vorstand, erläuterte Marion Weckes von der Hans-Böckler-Stiftung. Die brisanten Ergebnisse ihrer aktuellen Studie „Geschlechterverteilung in Vorständen und Aufsichtsräten“ hat sie in einem Gastbeitrag für den zwd erörtert. 4 – 5

Supplement Frauen.Gesundheit & Politik

Geschlecht nach wie vor keine Prüfgröße in der NRW-Suchthilfe

zwd Düsseldorf. Die Drogen- und Suchtpolitik der CDU-geführten Landespolitik in Nordrhein-Westfalen hat zu einem bedenklichen Rückgang geschlechtergerechter Angebotsstrukturen geführt. Zu diesem Ergebnis kam eine Sachverständigenanhörung im Düsseldorfer Landtag. Es hinge wieder vom persönlichen Engagement der Mitarbeiterinnen in den Beratungsstellen ab, wieweit Angebote speziell für Frauen aufrecht erhalten würden, kritisierte Martina Tödtte von der Beratungsstelle Bella Donna. III

Blickpunkt
Afghanisches Ehegesetz missachtet Grundrechte

zwd Berlin (jz). Die Regierung in Afghanistan hat nach internationalen Protesten das umstrittene Ehegesetz vorerst zurückgezogen. Neben der Bundesregierung reagierten unter anderem Frankreich, die USA, UN-VertreterInnen und Menschenrechtsorganisationen entsetzt auf die geplante Verordnung, welche unter anderem den Geschlechtsverkehr der Eheleute regelt. Nach Angaben des afghanischen Außenministers wurde die Veröffentlichung aufgehalten, um „eine juristische Überprüfung einzuleiten“. Dies lässt der Regierung weiterhin die Möglichkeit offen, die Verordnung doch noch umzusetzen. Der führende schiitische Geistliche in Afghanistan, Mohammad Asif Mohseni, verteidigte das erst kürzlich von Präsident Karzai unterzeichnete Gesetz, in welchem es in Artikel 132 heißt: „Die Frau ist verpflichtet, den sexuellen Bedürfnissen ihres Mannes jederzeit nachzukommen“. Wenn der Mann nicht auf Reisen sei, habe er mindestens jede vierte Nacht das Recht auf Sex. Weiter steht in Artikel 133, dass Ehemänner ihre Frauen von jeder „unnötigen Beschäftigung“ abhalten können und dass die Erlaubnis des Mannes eingeholt werden muss, wenn die Frau das Haus verlassen will.

Um das Frauen verachtende Gesetz zu verhindern, fordert die Frauenrechtsorganisation „Medica Mondiale“ eine Erhöhung des öffentlichen Drucks. In Diplomatiekreisen wird indes vor diesem Vorgehen gewarnt. Grundsätzlich dürfe die nationale Autorität der afghanischen Regierung nicht untergraben werden. Auch US-Präsident Barack Obama plädiert für einen sensiblen Umgang der internationalen Gemeinschaft mit den kulturellen Besonderheiten in Afghanistan. Gleichwohl lässt er die dortigen Menschenrechtsverletzungen nicht unkommentiert: Die Kultur Afghanistans müsse auch für Grundrechte eintreten. Der Respekt für Frauen und ihre Freiheit und Integrität sei ein solch grundlegendes Prinzip. ■

Sinus-Milieustudie zu Diskriminierung im Alltag
djb: Gleichbehandlungsgesetz muss verbessert werden

zwd Berlin (tag/jz). Anlässlich der veröffentlichten Sinus-Milieustudie zu Diskriminierung im Alltag hat der Deutsche Juristinnenbund (djb) am 6. April Verbesserungen beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) gefordert. Scharfe Kritik übte djb-Präsidentin Jutta Wagner an der Aussage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, dass sich aus dieser Studie kein gesetzlicher Regelungsbedarf ableite.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes verfehle ihre Aufgabe, wenn sie sich gegen einen Diskriminierungsschutz durch Gesetz ausspreche, warnte der djb. Nach seiner Auffassung schützt das geltende AGG nur unzureichend vor Diskriminierung. Nicht einmal die geltenden EU-Antidiskriminierungsrichtlinien seien darin vollständig umgesetzt worden. Individualklagen böten schon deswegen nur selten einen wirksamen Schutz, weil Diskriminierte weiterhin Beweisprobleme hätten und tatsächlich abschreckende Sanktionen fehlten. Nach wie vor werden insbesondere Frauen wegen ihres Geschlechts im Erwerbsleben diskriminiert. Gleichwohl gibt es vor den Arbeitsgerichten nur wenige Klagen.

„Um wirkungsvoll klagen zu können, brauchen Diskriminierte eine volle Beweislastumkehr sowie abschreckende Sanktionen im Fall einer gerichtlich festgestellten Diskriminierung“, forderte Wagner. Der Individualklage sollte zudem eine Verbandsklage an die Seite gestellt werden, ergänzte sie.

Nur 34 Prozent kennen AGG

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes stelle sich selbst ein Armutszeugnis aus, kommentierte die frauenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irmgard Schewe-Gerigk, die Studienergebnisse. „Nur 34 Prozent der Befragten kennen das Allgemeine

Fortsetzung auf Seite 3

Akzeptanz für Antidiskriminierungsmaßnahmen in der Wirtschaft

Antidiskriminierungs- und Diversity-Maßnahmen	a Befürworte ich.	b Ist mir gleichgültig.	c Lehne ich ab.	a-(b+c) Akzeptanzsumme
Schaffung geeigneter Arbeitsplätze für Behinderte	85%	14%	0%	+ 71%
Erleichterung der beruflichen Wiedereingliederung nach der Elternzeit	82%	17%	1%	+ 64%
Angebot von Altersteilzeit	81%	17%	2%	+ 62%
Angebot von flexiblen Arbeitszeitmodellen	80%	17%	2%	+ 61%
Einrichtung von betriebs-eigenen Kindertagesstätten	78%	18%	4%	+ 56%
Telearbeit, d. h. die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten	70%	26%	4%	+ 40%
Gezielte Förderung von Frauen in ihrer beruflichen Laufbahn	63%	30%	7%	+ 26%
Konsequente Ahndung von Verstößen gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz	57%	33%	10%	+ 14%

Quelle: Sinus Sociovision, 2008

Fortsetzung von Seite 2

Gleichbehandlungsgesetz“, kritisierte sie. Es gebe daher viele falsche Vorstellungen über die reale Situation bei Diskriminierungen in Deutschland ebenso wie über die bestehende Gesetzeslage.

Großer Teil der Befragten für Maßnahmen in der Wirtschaft

Quer durch die verschiedenen Sozialmilieus glauben die Befragten der neuen Sinus-Milieustudie, dass Frauen in Deutschland immer noch benachteiligt sind. Um in der Arbeitswelt gleiche Bezahlung und bessere Karrierechancen für Frauen zu erreichen, befürwortet ein großer Teil der Studienteilnehmerinnen sogar gezielte Gleichstellungsmaßnahmen (s. Tabelle, S. 2). Obwohl Chancengleichheit als Basis für den wirtschaftlichen und politischen Erfolg betrachtet wird, äußern die meisten der Befragten jedoch deutliches Misstrauen gegenüber den Gleichstellungsbemühungen von Unternehmen.

Die Sinus-Milieus gruppieren Menschen, die sich in ihrer Lebensweise und -auffassung ähneln. „Es gibt im Bezug auf Diskriminierung nicht die eine Sichtweise, sondern ein breites Spektrum an Verhaltens- und Erlebnisweisen, die den Alltag beeinflussen“, erklärte Berthold Bodo Flaig, Geschäftsführer der Forschungsgruppe Sinus Sociovision. Deshalb sei es von besonderer Bedeutung gewesen, das seit den 1980er Jahren etablierte Verfahren der „Sozialmilieuanalyse“ zu verwenden, welches statistische Analysen nach sozialen Gruppen sortiert. Für die Gleichstellung von Frauen gebe es zwar eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung, jedoch seien einige Milieus weniger aufgeschlossen als andere. Während die Gruppen der „modernen Unterschicht“ und der „gebildeten Elite“ einer generellen Gleichstellungspolitik wohlwollend gegenüber stehen, empfinden die Milieus der „Konservativen“ und „Traditionsverwurzelten“ die vorhandenen Ungleichheiten weniger problematisch.

Die Studie im Internet:
www.antidiskriminierungsstelle.de

Frauenausschuss im Bundestag

Fraktionen einig über besseren Schutz für behinderte Frauen

zwd Berlin (tag). Im Frauenausschuss des Bundestages ist am 25. März der Antrag der Koalitionsfraktionen „Frauen und Mädchen mit Behinderungen vor Gewalt schützen“ (Drs. 11775) von SPD, CDU/CSU und der Linken angenommen worden. Alle Fraktionen waren sich darüber einig, dass neben mehr Schutz vor Gewalt auch auf eine bessere Prävention hingewirkt werden müsse.

Die bereits geplante Untersuchung über Ausmaß und Umfang von Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen müsse von der Bundesregierung „schnellstmöglich“ in Auftrag gegeben werden, lautet eine der zentralen Forderungen des Antrags (s. Kasten). Vorgesehen ist neben einer repräsentativen Erfassung von Gewalt gegen behinderte Frauen die Erforschung der besonderen Problemlagen. Die für eine Dauer von drei Jahren angelegte Untersuchung soll sich auf den häuslichen, beruflichen und öffentlichen Bereich sowie die ambulanten und stati-

onären Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe konzentrieren.



Opposition: Studie steht schon lange aus

Die Finanzmittel für die Untersuchung seien bereits seit 2007 im Haushaltsplan eingestellt, kritisierten die Oppositionsfraktionen von FDP und Grünen, welche sich der Stimme enthielten. Auch die Linksfraktion bemängelte, dass das Forschungsvorhaben nicht neu sei. Sie stimmte dennoch für den Antrag, da es generell „natürlich notwendig ist, Frauen vor Gewalt zu schützen“. Am 24. April wird der Deutsche Bundestag über den Antrag der Regierungsfaktionen abstimmen.

Antrag „Frauen und Mädchen mit Behinderungen wirksam vor Gewalt schützen“ (Drs. 11775)

Zentrale Forderungen im Überblick:

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, die geplante Studie zum Ausmaß und Umfang von Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderungen unter Berücksichtigung der Gewalt- und Täterstruktur sowie Tatumstände schnellstmöglich in Auftrag zu geben, und dem Parlament einen Zwischenbericht vorzulegen.
- Menschen mit Behinderungen beiderlei Geschlechts sollen im Rahmen von Sexualerziehung bzw. Sexualaufklärung über sexuellen Übergriffe aufgeklärt sowie die von Sexualgewalt Betroffenen über Wege und Möglichkeiten der Aufklärung und Bewältigung bzw. Aufarbeitung informiert werden.
- Es gilt, die Öffentlichkeit durch geeignete Kampagnen, Projekte oder andere Maßnahmen für das Thema „Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderungen“ zu sensibilisieren.
- Für Personen, die Menschen mit Behinderungen professionell betreuen und für Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten muss ein Leitfaden zum Umgang mit sexuellen Übergriffen gegen Menschen mit Behinderungen erstellt und entsprechend bekannt gemacht werden.
- Es wird an die Bundesregierung appelliert, dafür zu sorgen, dass ein ausreichendes Angebot an barrierefreien Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern für Frauen mit Behinderungen, die von Gewalt betroffen sind, zur Verfügung steht.

Namen sind Nachrichten

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Prof. **Jutta Allmendinger**, erhält als erste Frau den „Communicator-Preis“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Der mit 50.000 Euro dotierte Preis wird für die gelungene Vermittlung von Forschungsergebnissen in Medien und Öffentlichkeit vergeben. Bekannt geworden sind vor allem Allmendingers Arbeiten zu Gleichstellung der Geschlechter sowie den Auswirkungen geringer Bildung. Ihre Ergebnisse präsentierte die Sozialwissenschaftlerin in Artikelserien, Kolumnen und öffentlichen Vorträgen. (zwd)

Neue stellvertretende Vorsitzende des bayerischen Landeskomitees der Katholiken ist die promovierte Theologin **Elfriede Schießleder** aus Wurmannsquick. Im höchsten Laiengremium in der bayerischen Kirche will sich die 51-Jährige dafür einsetzen, dass „die Sache der Frauen das Gewicht erhält, das sie entsprechend ihrem tatsächlichen Wirken in der und für die Kirche verdient“. Schießleder bringt dafür auch durch ihre Ehrenämter die besten Voraussetzungen mit: Sie ist stellvertretende Vorsitzende des Diözesanrates Passau und Vizepräsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes. (zwd)

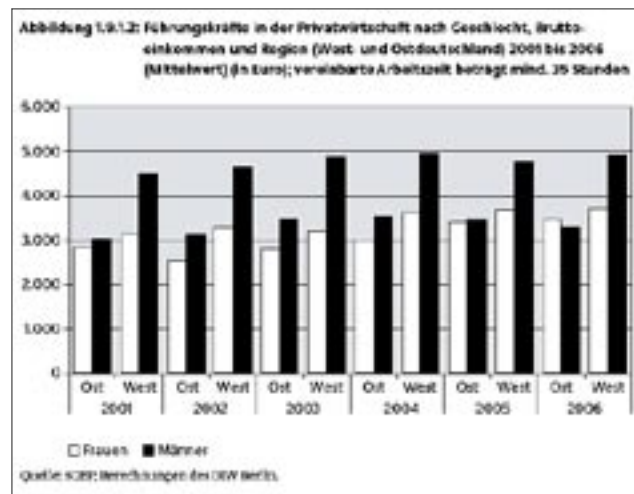
Für ihr Engagement in Partei, Verband und im Gemeinderat und ihren Einsatz für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat die Stadträtin **Dorothea Maisch** (CDU) den Helene-Weber-Preis erhalten. Die Auszeichnung wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in diesem Jahr erstmals verliehen. Das Preisgeld von 10.000 Euro kann die Gewinnerin in ein kommunalpolitisches Projekt ihrer Wahl investieren. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) wird die Auszeichnung am 5. Mai in Berlin an die 46-jährige Kommunalpolitikerin aus Gaggenau in Baden-Württemberg übergeben. (zwd)

Führungskräfte-Monitor

Im Osten verdienten Frauen 2006 mehr als ihre Kollegen

zwd Berlin (jz). Weibliche Führungskräfte sind in Deutschland nicht nur in geringerer Zahl vertreten als Männer – sie verdienen auch deutlich weniger. Nach dem aktuellen „Führungskräfte-Monitor 2001–2006“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) lag der monatliche Verdienst von vollzeitbeschäftigten Frauen in Führungspositionen 2006 durchschnittlich bei rund 3.700 Euro, Männer erzielten dagegen rund 4.800 Euro.

Deutliche Unterschiede sind dagegen bei der Einkommenshöhe zwischen



Frauen und Männern in West- und Ostdeutschland zu erkennen (vgl. Grafik). Insgesamt gesehen fielen die Verdienste der Führungskräfte in der Privatwirtschaft in den alten Bundesländern stets höher aus als in den neuen. Allerdings fällt der Gender Pay Gap in Ostdeutschland deutlich geringer aus. Dort verdienten Frauen im Jahr 2006 verglichen mit ihren Kollegen sogar etwas mehr, während die Einkommensdifferenz in Westdeutschland im Vergleich zu den Vorjahren unverändert hoch ausfiel (vgl. Grafik).

Weniger Sondervergütungen für weibliche Beschäftigte

Bei den zusätzlich zum Verdienst ausbezahlten monetären Sondervergütungen schneiden Frauen in Führungspositionen ebenfalls schlechter ab als das männliche Personal. Dies gilt auch für Gewinnbeteiligun-

gen und Prämien. Stets fielen die Beiträge für Frauen im Mittel niedriger

aus als für Männer. Im Jahr 2006 beispielsweise erhielten weibliche Führungskräfte durchschnittlich 4.756 Euro, was lediglich der Hälfte der Gewinnbeteiligung ihrer Kollegen entsprach. Im gleichen Jahr mussten sich Frauen in Führungsetagen zudem mit rund zwei Drittel des an Männer gezahlten Urlaubsgeldes, im Schnitt

1.600 Euro, zufrieden geben.

Auf die Erfolge frauengeführter Unternehmen hingewiesen

Um ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen dem Gehalt von Männern und Frauen zu erreichen, sind der DIW-Studie zufolge neben staatlichen Rahmenbedingungen eine angegliche betriebliche Personalplanung und Arbeitsorganisation sowie eine gerechtere Aufgabenteilung im Haushalt erforderlich. Mehr Chancengleichheit für Frauen in Führungsetagen zu erreichen, dürfte sich auch wirtschaftlich rechnen, konstatierten die AutorInnen der vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebenen Studie. Sie verwiesen dabei auf Untersuchungen zum Erfolg von frauengeführten Unternehmen.

Die Studie im Internet unter: www.bmfsfj.de

Gastbeitrag zur Geschlechterverteilung in Vorständen und Aufsichtsräten

Auf den Vorstandsetagen der Wirtschaft sind fast 700 Manager unter sich

(zwd). Über die gegenwärtige Situation der (Un-)Gleichstellung von Männern und Frauen auf der obersten Führungsebene sowie in deren Kontrollgremium gibt die Studie der Hans-Böckler-Stiftung „Geschlechterverteilung in Vorständen und Aufsichtsräten“ Auskunft. Gerade einmal sechs von 160 untersuchten börsennotierten Unternehmen (DAX 30, MDAX, SDAX, TECDAX) haben mindestens eine Frau sowohl im Vorstand als auch im Aufsichtsrat.

Der Anteil weiblicher Führungskräfte im Vorstand der Unternehmen ist gegenüber dem Vorjahr um magere 0,5 Prozent auf 3 Prozent gestiegen. So können sich aktuell lediglich 16 der untersuchten Unternehmen rühmen, ihre Vorstandsposten mit einer Frau besetzt zu haben. Absolut betrachtet wird die Managementebene von 687 Männern dominiert. Die Zahl der Managerinnen beläuft sich nur auf 21 Personen. Der Anteil der Frauen im Vorstand schrumpft zudem mit einer höheren Börsenplatzierung des Unternehmens. So reduziert sich der Frauenanteil von 5,8 Prozent im TecDAX sukzessive auf bis zu 0,6 Prozent im DAX 30 (vgl. Grafik).

Die Situation im Aufsichtsrat hat sich ebenfalls nur marginal verändert. Der Frauenanteil erhöhte sich dort im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Prozent auf 10,2 Prozent in 2009. Es ist in diesem Zusammenhang jedoch aufschlussreicher zu betrachten, ob der Aufsichtsrat mitbestimmt – also dort Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten sind – oder nicht mitbestimmt ist. So liegt der Frauenanteil in Aufsichtsräten ohne ArbeitnehmerInnen-Vertretung (2,6 %) weit unter dem in Aufsichtsräten mit ArbeitnehmerInnen-

Vertretung (11,7 %). Hier ist es jedoch notwendig, nochmals zu differenzieren: Bei den Aufsichtsrätinnen in mitbestimmten Unternehmen wird zwischen der Vertretung der Anteilseignerinnen und derjenigen der Arbeitnehmerinnen unterschieden. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die weiblichen Aufsichtsratsmitglieder in mitbestimmten Unternehmen zu 78

Prozent von der ArbeitnehmerInnen-Seite in dieses Gremium entsandt werden. Bei der Betrachtung der Zusammensetzung des Aufsichtsrats nach den unterschiedlichen Börsensegmenten zeigt sich, dass der Frauenanteil mit steigender Indexplatzierung des Unternehmens nicht linear ansteigt. Jedoch weisen die DAX 30-Unternehmen

den höchsten Frauenanteil (13,3 %) auf. Dies führen wir darauf zurück, dass die DAX 30 Unternehmen, bis auf zwei Ausnahmen, alle paritätisch mitbestimmt sind, also ein zur Hälfte mit ArbeitnehmervertreterInnen besetztes Aufsichtsratsgremium haben.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in den untersuchten börsennotierten Unternehmen nach wie vor ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern bei der Besetzung von Führungspositionen herrscht. Aktive Maßnahmen zur Gleichstellung von Mann und Frau in den oberen Wirtschaftsetagen existieren nur wenig.

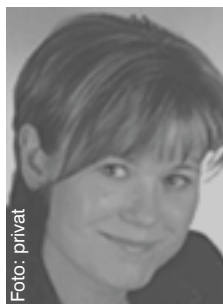
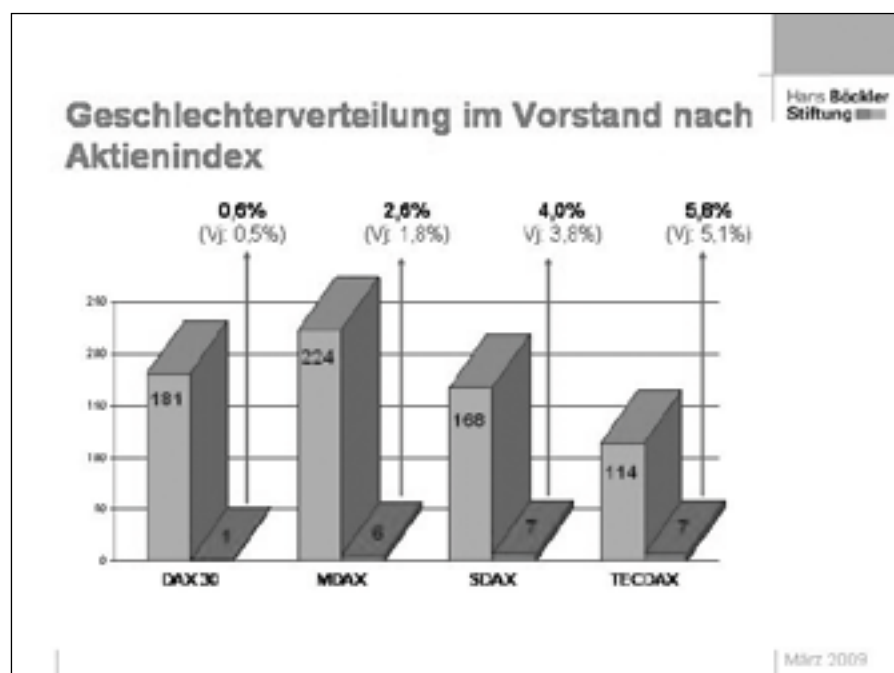


Foto: privat

Marion Weckes, Hans-Böckler-Stiftung



Marion Weckes, Autorin der Studie „Geschlechterverteilung in Vorständen und Aufsichtsräten“, ist Referatsleiterin von „Wirtschaft III“ (Abt. Mitbestimmungsförderung) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Interview mit Gesine Schwan, Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin
„Wir brauchen jetzt Frauen, die uns aus der Krise herausführen“

zwd: *Geschlechtergerechtigkeit ist für Sie eine Demokratiefrage. Vieles liegt hier aber noch im Argen. Auf welchen Politikfeldern sehen Sie besonderen Handlungsbedarf?*

Schwan: Wir müssen die Schaffung von Geschlechtergerechtigkeit als klassische Querschnittsaufgabe betrachten. Dafür muss man bei den Wurzeln der Gesellschaft, etwa in der Bildung und in der Sozialpolitik, beginnen. Vor allem aber denke ich, dass wir den Frauenanteil in Aufsichtsräten und Vorständen, in der Professorenschaft und in anderen Führungspositionen stärken müssen. Es geht ja bei der Gleichberechtigung nicht nur um die Kommandohöhen der Gesell-

„Prinzipiell sollten Quoten dort greifen, wo wir sehen, dass Frauen ohne dieses Instrument nicht zum Zuge kommen.“

schaft, sondern um alle Lebensbereiche, aber von diesen exponierten Positionen geht eine besondere symbolische Strahlkraft aus.

zwd: *Mit welchen konkreten politischen Maßnahmen und Instrumenten lassen sich bestehende Benachteiligungen bzw. Ungleichheiten bei Männern und Frauen nachhaltig abbauen? Wo sollten beispielsweise Quoten zum Tragen kommen?*

Schwan: Demokratiepolitisch finde ich Quoten nicht besonders attraktiv. Allerdings muss ich zugeben, dass die Quote zum Beispiel in den politischen Parteien eine sehr segensreiche Innovation war. Prinzipiell sollten Quoten dort greifen, wo wir krasse Disparitäten erkennen, also überall da, wo wir sehen, dass Frauen ohne dieses Instrument nicht zum Zuge kommen.

zwd: *Im Magazin der Süddeutschen Zeitung schreibt der Journalist Hermann Droske in einem Kommentar, dass die Wirtschaftskrise vor allem eine Krise der Männer sei. Glauben Sie, dass es mit Frauen auf den Führungsetagen der Banken und in Aufsichtsräten eine derartige Krise nicht gegeben hätte?*

Schwan: Ein Stück weit glaube ich das tatsächlich. Die Krise ist durch einen überbordenden Konkurrenzdruck, auch zwischen den Banken und den Bankern, entstanden. Jede Kultur des Maßhaltens ist hier verloren gegangen. Wenn ich Frauen in Führungspositionen begegne, habe ich schon immer den Eindruck, dass sie für einen anderen Management-Stil stehen. Sie suchen eher nach Allianzen als sich ganz alleine gegen alle durchsetzen zu wollen. Sie haben vielfach auch einen realistischeren Eindruck davon, was unter gegebenen Umständen möglich ist und was nicht. Das ist mittlerweile auch empirisch belegt. Von daher würde ich schon sagen: Mit mehr Frauen auf verantwortlichen Positionen in der Finanzwirtschaft hätte es diese Krise in dieser Form nicht gegeben. Im Umkehrschluss kann man dann auch folgern: Wir brauchen jetzt Frauen, die uns aus der Krise herausführen.



Präsidentenskandidatin Gesine Schwan (SPD)

Foto: SPD-Parteivorstand

zwd: *2035 werden in Deutschland fast 17 Millionen 65- bis 80-jährige Menschen leben. Bereits heute sind etwa zwei Drittel der über 65-Jährigen und drei Viertel der über 75-Jährigen Frauen. Gleichzeitig ist die alternde Gesellschaft aber auch noch sehr jugendlich. Lebensbegleitendes Lernen nimmt daher in der langen Nacherwerbsphase an Bedeutung zu. Mit welchen frauen- und bildungspolitischen Maßnahmen muss die Politik auf diese Entwicklung reagieren?*

Fortsetzung auf Seite 15

Demokratiereise

Zwischenstation beim ASF-Frauenbündnis

zwd Berlin (tag). Über das Thema „Frauen Macht Politik!“ diskutierte die Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin, Gesine Schwan, am 3. April zusammen mit dem Frauenbündnis der SPD-Frauen Tempelhof-Schöneberg.



„Macht“ definierte Schwan im Willy-Brandt-Saal des Schöneberger Rat-

hauses als die Fähigkeit, Menschen für ein gemeinsames Projekt zusammenzuführen. Höhepunkt der Demokratiereise von Schwan bildet ihr Auftritt am 26. April in der Frankfurter Paulskirche – der Geburtsstätte des Parlamentarismus. Dort wird sie eine Grundsatzrede über die Werte einer zunehmend pluralen Gesellschaft halten.



FRAUEN GESUNDHEIT & POLITIK

Themen dieser Ausgabe

Sucht- und Drogenpolitik

- Rheinland-Pfalz:
Beratungsstellen für weibliche
Suchtkranke voll ausgelastet.....II
- Mecklenburg-Vorpommern:
Gendersensible Tabakprävention.....II
- Dossier „Sucht und Drogenpolitik“ ...II
- Nordrhein-Westfalen:
Frauenspezifische Suchtarbeit
unter Rechtfertigungszwang.....III
- Vorbildlich: Schweizer Datenbank für
geschlechtergerechte Suchtarbeit ...III

Krankenkassen

- Stressbedingte Fehlzeiten:
Kürzere Erholungszeiten
für berufstätige Mütter IV

Genitalverstümmelung

- Europäische Union:
Parlament für ärztliche
Meldepflicht gegenüber Behörden .. V
- Gründungstreffen der
interministeriellen Arbeitsgruppe V
- Berlin: Grüne streben
Bundesratsinitiative an..... V

Gastbeitrag

- Gesetzgebung – wichtiger Motor
für eine gendergerechte
Gesundheitsversorgung. Mechthild
Rawert, SPD-Gesundheitsexpertin .. VI
- Treffpunkt Bundestag VI

Termine

- Kongresse und Fachtage zur
Frauengesundheit.....VII

Künstliche Befruchtung

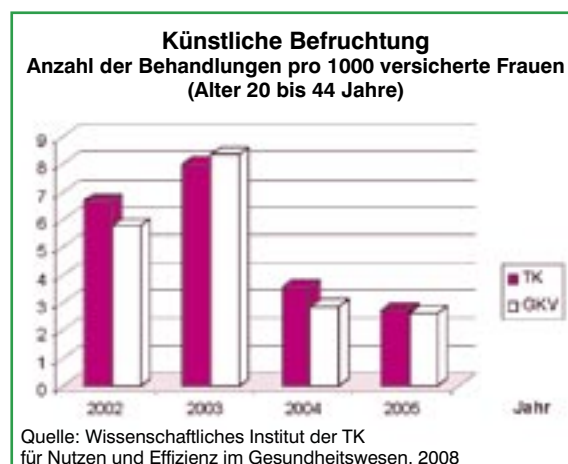
Bundesrat drängt auf volle Kostenübernahme

zwd Berlin (jvo). Der Bundesrat hat eine volle Kostenübernahme durch Krankenkassen bei künstlicher Befruchtung gefordert. Die 2003 eingeführte 50-prozentige Selbstbeteiligung müsse wieder rückgängig gemacht werden, kommentierte die Vorsitzende der GesundheitsministerInnenkonferenz, Christine Lieberknecht (CDU), den Bundesratsbeschluss vom 3. April. Die Bundesregierung sei nun am Zuge, die Forderungen noch in dieser Wahlperiode in die Tat umzusetzen.

Zur Begründung heißt es im Antrag, den die unionsgeführten Bundesländer Saarland, Sachsen und Thüringen einbrachten, dass im Hinblick auf die demografische Entwicklung alle Maßnahmen zu fördern seien, die einen „ansonsten nicht realisierbaren Kindeswunsch ermöglichen“. Nach Schätzungen der Bundesländer würden die Haushalte der Krankenkassen mit Kosten von 100 bis 150 Millionen Euro zusätzlich belastet werden.

„Familienpolitische Ziele keine Aufgabe der Kassen“

Das SPD-geführte Bundesgesundheitsministerium hält die Forderung des Bundesrats für nicht umsetzbar. „Die Anspruchseinschränkung wurde seinerzeit für erforderlich gehalten, um die Ausgaben der Krankenversicherung im Bereich der versicherungsfremden Leistungen nicht ausufern zu lassen“, erläuterte die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Marion Caspers-Merk (SPD). Die Verfolgung familienpolitischer Zielsetzungen sei zudem nicht Aufgabe der Krankenversicherung.



Laut Techniker Krankenkasse ging die Anzahl künstlicher Befruchtungen nach Einführung der Selbstkostenbeteiligung 2003 deutlich zurück. Im darauf folgenden Jahr wurden durchschnittlich 55 Prozent weniger Behandlungen durchgeführt als noch 2002.

Die Studie unter
www.zwd.info

Mecklenburg-Vorpommern Gendersensible Tabakprävention

zwd Schwerin (jvo). Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU im Schweriner Landtag haben am 18. März einen Antrag zur geschlechterspezifischen Tabakprävention auf den Weg gebracht. „Es müssen die spezifischen Motivationen, die Frauen und Mädchen veranlassen zu rauchen, analysiert und zur Grundlage von Präventionsstrategien gemacht werden“, betonte die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Martina Tegtmeier. Dass die bisherigen Strategien bei Raucherinnen so wenig erfolgreich sind, hat ihrer Auffassung vor allem damit zu tun, dass Aufklärung und Jugendarbeit im Bereich der Tabakprävention bislang nicht ausreichend nach Geschlechtern differenziert sind.

Mädchen in Ostdeutschland rauchen besonders häufig

Mit 47 Prozent ist der Anteil der jungen Raucherinnen in den neuen Bundesländern besonders hoch. Damit rauchen dort deutlich mehr weibliche Jugendliche als in den alten Bundesländern (38 Prozent). Im Alter zwischen 12 und 25 Jahren greifen die ostdeutschen Mädchen und jungen Frauen sogar häufiger zur Zigarette als männliche Jugendliche (West: 43 Prozent; Ost: 45 Prozent).

Rheinland-Pfalz

Beratungsstellen für weibliche Suchtkranke voll ausgelastet

zwd Mainz (jvo). In den fünf frauenspezifischen Suchtberatungsstellen in Rheinland-Pfalz werden jährlich rund 700 Frauen beraten. Die Kapazitäten dieser Stellen seien damit voll ausgelastet, teilte das Landessozialministerium auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion am 6. April mit. Grundsätzlich stünden aber alle ambulanten Angebote der Suchtkrankenhilfe den betroffenen Frauen zur Verfügung.

Die Suchtberatungsstellen in Rheinland-Pfalz werden pro Jahr durchschnittlich von etwa 14.500 Personen kontaktiert. Knapp 30 Prozent der Rat suchenden Menschen sind Mädchen oder Frauen.

Die Angebote von Fachkliniken werden jährlich von 6.300 bis zu 6.400 Suchtkranken in Anspruch genommen – zu einem Viertel von weiblichen Drogenabhängigen. Unter den 15 Fachkliniken für Entwöhnung und medizinische Rehabilitation gibt

es jedoch nur eine speziell für Frauen: Die Suchtklinik in Altenkirchen kann 62 weibliche Abhängige aufnehmen.

Nach einer aktuellen Umfrage des Sozialministeriums bieten darüber hinaus lediglich fünf der gemischtgeschlechtlichen Fachkliniken frau-

enspezifische Angebote an. Diese Kliniken verfügen über eigenständige Stationen für Frauen sowie für

Mütter mit ihren Kindern oder haben spezifische Behandlungskonzepte entwickelt.

„Die Antwort der Landesregierung zu unserer Großen Anfrage macht deutlich, dass suchtkranke Frauen spezifische Beratungs- und Therapieangebote brauchen“, so die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion,

Jutta Steinruck. Auslösende Faktoren für eine Suchterkrankung bei Frauen seien im Wesentlichen mädchen- und frauenspezifische Sozialisationsprozesse – dazu gehörten auch Gewalterfahrungen in der Kindheit oder sexueller Missbrauch.

Laut Sozialministerium wurden in den vergangenen Jahren die MitarbeiterInnen in der Suchthilfe zunehmend für die besondere Problemlage drogenabhängiger Frauen sensibilisiert. So verfügten die meisten Suchtselbsthilfeverbände in Rheinland-Pfalz inzwischen über Frauenbeauftragte, welche die Belange weiblicher Mitglieder vertreten, heißt es in der Antwort auf die Anfrage „Mädchen und Frauen mit Suchterkrankungen“. Verbände und andere Akteurinnen und Akteure der Selbsthilfe böten zudem Seminare und Wochenend-Begegnungen speziell für Frauen an. Ebenso organisierten sie Frauengruppen vor Ort.



Gleichstellungspolitikerin
im Mainzer Landtag
Jutta Steinruck (SPD)

Foto: SPD-Fraktion RLP

www.gesundheit.zwd.info → Dossier

Dokumente und Nachrichten zur Sucht- und Drogenpolitik

- Frauengesundheit fördern – für eine geschlechtsspezifische Tabakprävention. Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Mecklenburg-Vorpommern, 18.03.2009
- Geschlechtergerechte Drogen- und Suchtpolitik in NRW voranbringen! Antrag der Grünen-Fraktion NRW, 04.11.2008 / Stellungnahmen der Sachverständigen, 26.03.2009
- Mädchen und Frauen mit Suchterkrankungen in Rheinland-Pfalz. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion, 04.03.2009
- NRW: Mangel an Fortbildungen zu frauenspezifischer Suchtarbeit, www.gesundheit.zwd.info, 26.03.2009
- Suchttherapien: Gender Matters www.gesundheit.zwd.info, 16.05.2008

Nordrhein-Westfalen

Frauenspezifische Suchtarbeit unter Rechtfertigungszwang

zwd Düsseldorf (jvo). Nach dem Willen der Grünen-Fraktion im Düsseldorfer Landtag soll die schwarz-gelbe Landesregierung bis Oktober 2009 ein Handlungskonzept für eine geschlechtergerechte Drogen- und Suchtpolitik vorlegen. In einer öffentlichen Anhörung im Frauenausschuss am 26. März warnten die geladenen Sachverständigen vor der irrigen Annahme, dass sich ein gendersensibles Grundverständnis in der Suchthilfe bereits durchgesetzt habe.

Heute werde die Notwendigkeit einer Frauensuchtarbeit als so selbstverständlich beschrieben, dass ihre inhaltliche und finanzielle Unterstützung überflüssig erscheine, gab Martina Tödtte von der NRW-Beratungsstelle Bella Donna zu bedenken. Nach dem Wegfall der Landesförderungen hinge es wieder zunehmend vom persönlichen Engagement der Mitarbeiterinnen der Sucht- und Drogenhilfe ab, Angebote für Frauen aufrechtzuerhalten oder umzusetzen. Erneut müsse die qualifizierte Arbeit mit Frauen legitimiert werden.

Seit 2007 wurden in NRW keine landesgeförderten Weiterbildungen mehr für die frauenspezifische Arbeit angeboten. Der Bedarf sei allerdings offensichtlich, betonte Tödtte in ihrer Stellungnahme. Bis dahin war nahezu jede angebotene Fortbildung ihrer Fachstelle „Frauen und Sucht“ ausgebaut.

Aus einer Befragung der Fachstelle geht hervor, dass nur ein Drittel der Beratungseinrichtungen in NRW generell bei ihren Maßnahmen und Angeboten die Gender-Perspektive berücksichtigt. Mehr als die Hälfte gab an, dass sie Hilfsangebote, welche sich an Männer und Frauen zugleich richten, weder geschlechtersensibel konzipiert noch auswertet.

Geschlecht keine relevante Prüfgröße in der Suchthilfe

Nach Einschätzung der Sachverständigen Sybille Teunißen, Leiterin einer Fachklinik für Sucht-Rehabilitation, ist das Geschlecht nach wie vor keine relevante Prüfgröße für Strukturen und

Prozesse der Suchthilfe in NRW. Die Landesregierung vermittele jedoch den Eindruck, dass geschlechtsbezogene Ansätze bereits grundlegend etabliert seien, kritisierte sie. Diese „faktisch falsche Positionierung“ müsse Fachleuten der Suchtarbeit, denen daran gelegen ist, eine adressatengerechte Hilfe anzubieten, sehr beunruhigen.

Arnulf Vosshagen, leitender Psychologe an einer Klinik für Suchtkranke in Essen, schlug vor, die Vergabe von öffentlichen Mitteln an Angebote einer geschlechtsbezogenen Beratung und Therapie zu knüpfen. Auch die Qualifizierung und Weiterbildung, insbesondere von Führungspersonal in der Drogenhilfe, sei auszubauen. Als Anregung für NRW



Frauen- und Gesundheitspolitikerin Barbara Steffens (Die Grünen)

Foto: Grünen-Fraktion NRW

empfohl Vosshagen eine Datenbank für geschlechtergerechte Suchtarbeit nach Vorbild des Schweizer Bundesamtes für Gesundheit (s. Kasten).

Kaum Angebote für Kinder mit suchtabhängigen Eltern

Als besonders kritisch bewertete die frauen- und gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Barbara Steffens, die Auswirkungen der schwarz-gelben Drogenpolitik auf die Angebote für Kinder aus Suchtfamilien. „Hier haben wir eine deutliche Rückentwicklung an Hilfsangeboten zu verzeichnen“, betonte Steffens im Anschluss an die Anhörung. Dabei seien gerade Jugendliche

aus Suchtfamilien gefährdet, selbst abhängig zu werden. Die Frauenpolitikerin wirft der Landesregierung vor, dass sie sich aus der Steuerung und einer ausreichenden Finanzierung geschlechterbezogener Suchtarbeit zurückgezogen habe. Frühere bundesweit vorbildliche Weiterqualifizierungen

seien dadurch ebenso weggefallen wie die notwendige Vernetzungsarbeit für in der Suchthilfe Tätige.

Anträge und Stellungnahmen unter www.gesundheit.zwd.info

Schweizer Datenbank für geschlechtergerechte Suchtarbeit

(zwd). Die Schweizer Online-Datenbank unter www.drugsandgender.ch verzeichnet geschlechtergerechte sowie frauen- und männerspezifische Angebote in der Suchtarbeit. Das Projekt ist Teil des dritten Maßnahmenpakets der Schweizer Bundesregierung zur Verminderung der Drogenprobleme. Die Datenbank soll:

- eine Übersicht über die aktuellen geschlechtersensiblen und -spezifischen Organisationen und Angebote in der Suchtarbeit schaffen,
- die Organisationen und ihre Leistungen bei der Entwicklung frauen- und männergerechter Angebote sichtbar machen,
- den Zugang, Austausch und die Vernetzung zwischen den interessierten Fachkräften und Organisationen über geschlechtergerechte Suchtarbeit erleichtern,
- Organisationen ermutigen, ihr Engagement für geschlechtersensible Arbeit öffentlich zu machen und im Konzept oder Leitbild zu verankern.

Im Internet unter www.drugsandgender.ch

Immer mehr stressbedingte Fehlzeiten

Kürzere Erholungszeiten für berufstätige Mütter

zwd Wuppertal (jvo). Frauen reagieren auf starke Arbeitsbelastungen häufig mit psychischen Erkrankungen. Ihr Anteil am Krankenstand ist mit 18,5 Prozent deutlich höher als bei männlichen Beschäftigten (13,5 %). Das geht aus dem Gesundheitsreport 2009 der Barmer Ersatzkasse hervor, der die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz in den Mittelpunkt gerückt hat.

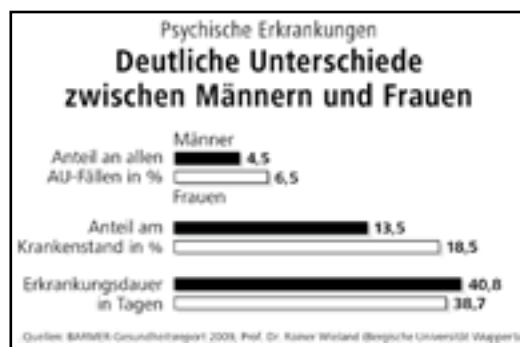
Generell seien berufstätige Frauen stärker belastet als die Männer, erläuterte Prof. Rainer Wieland von der Bergischen Universität Wuppertal. Sie tragen neben ihrer beruflichen Tätigkeit oft auch die alleinige Last des Haushaltes, der Kinderbetreuung und der Behördengänge. „Verständnis für diesen Rollenkonflikt finden die Frauen im Betrieb häufig nicht“, ergänzte er. Viele Vorgesetzte wollten mit diesen privaten Sorgen nicht belästigt werden.

Der Arbeits- und Organisationspsychologe erstellte im Auftrag der Barmer Ersatzkrankenkasse den Gesundheitsreport 2009. Der im März veröffentlichte Bericht belegt, dass arbeitsbedingte Ursachen für psychische Erkrankungen rapide zunehmen. Zwischen 2003 und 2008 stieg ihr Anteil an den Fehlzeiten von 11 auf 17 Prozent.

Familie und Beruf: Im Schnitt eine Stunde mehr Arbeit

Da berufstätige Frauen in aller Regel zu Hause die Hauptverantwortung für Familie und Haushalt übernehmen, sind ihre Erholungszeiten im Gegensatz zu berufstätigen Männern oft verkürzt. Die gesamte Zeitbindung durch bezahlte und unbezahlte Arbeit von Frauen beziffert Berichtsautor Wieland mit 43 Stunden pro Woche. Das sei durchschnittlich etwa eine Stunde mehr Arbeitsaufwand am Tag als bei Männern, hob Wieland hervor. Bei seinen Berechnungen stützt er sich auf Untersuchungen der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesund-

heit am Arbeitsplatz. Demzufolge verrichten Frauen in Haushalten mit Kindern im Vorschulalter wochentags knapp 11,5 Stunden Arbeit, wenn der zeitliche Aufwand für Beruf und Familien zusammengezählt werden. Durch diese Doppelbelastung haben



erwerbstätige Mütter täglich mehr als eine Stunde weniger Zeit, um sich zu erholen, konstatierte der Arbeitspsychologe.

Die generell höheren Fehlzeiten von Frauen lassen sich dem Gesundheitsbericht zufolge aber nicht nur auf die insgesamt stärkeren Belastungen zurückführen. Weibliche Berufstätige bleiben auch aufgrund von Erkrankungen ihrer Kinder häufiger zu Hause als Männer.

Schulungen zur besseren Stressbewältigung empfohlen

Zur Prävention sollten sich die Unternehmen aus Sicht der Barmer Krankenkasse darauf konzentrieren, die Fähigkeiten ihrer MitarbeiterInnen zur Stressbewältigung zu stärken. Bei weiblichen Beschäftigten habe hier der bessere Umgang mit belastenden Ereignissen Priorität. Bei Männern müssten hingegen Maßnahmen

zur Verminderung des Alkoholmissbrauchs im Vordergrund stehen.

Zudem empfiehlt die Krankenkasse sowohl für erwerbstätige Männer als auch für Frauen, die mehr als sechs Wochen aufgrund der Diagnose „Psychische Störung“ fehlen, spezielle betriebliche Eingliederungsmaßnahmen zu entwickeln. Sinnvoll seien Gespräche, um den Grad der Belastbarkeit herauszufinden und die Aufgaben in den ersten Wochen nach der Arbeitsunfähigkeit richtig zu dosieren.

Überproportionaler Kostenanstieg

Der Kostenaufwand für psychische Krankheiten sind im deutschen Gesundheitswesen im Jahr 2006 auf 26,7 Milliarden Euro angestiegen. Laut Statistischem Bundesamt lagen die Ausgaben damit um 3,3 Milliarden Euro höher als bei ihrer erstmaligen Berechnung im Jahr 2002. Verglichen mit allen anderen Krankheitsarten war das der höchste Anstieg in diesem Zeitraum. Psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen seien besonders kostenintensiv, kommentierte Manuela Nöthen vom Statistischen Bundesamt die aktuellen Zahlen. Sie machen mittlerweile elf Prozent der Gesamtkosten im Gesundheitswesen aus. Zudem dominieren Langzeitfälle, bei denen die Krankschreibung mehr als sechs Wochen dauert.

Zu den Krankheitskosten zählt das Statistische Bundesamt sämtliche Gesundheitsausgaben für medizinische Heilbehandlungen und Präventions-, Rehabilitations- oder Pflegemaßnahmen.

Teuer kommt der berufliche Stress ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch den Unternehmen selbst zu stehen. Der auf psychische Erkrankungen zurückzuführende Produktionsausfall wird im Barmer-Gesundheitsreport auf vier Milliarden Euro geschätzt. Der Ausfall an Bruttowertschöpfung steigt jährlich auf bis zu sieben Milliarden Euro an.

Der Report zum Download unter www.gesundheit.zwd.info

Europäische Union

Parlament für ärztliche Meldepflicht gegenüber Behörden

zwd Straßburg (jvo). Das Europäische Parlament hat die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, eine Informationspflicht für ÄrztInnen bei Genitalverstümmelungen einzuführen. Sie sollen den Behörden melden, wenn sie eine Verstümmelung bei Mädchen und Frauen feststellen.

Den Antrag zur „Bekämpfung der Genitalverstümmelung bei Frauen in der Europäischen Union“ haben die Europa-Abgeordneten am 24. März verabschiedet. 647 stimmten für den Antrag, 10 dagegen und 24 enthielten sich der Stimme.

„Die häufig in Arztpraxen illegal durchgeführte Beschneidung bedeutet für die jungen Mädchen häufig ein lebenslanges Martyrium“, hob die frauenpolitische Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament, Lissy Gröner, hervor. Chronische Blutungen, psychischen Schäden sowie Probleme bei späteren Geburten seien Folgen, die bislang selten veröffentlicht werden, erläuterte sie.



EU-Abgeordnete
Lissy Gröner (SPD)

Wiederzunähen der Vagina scharf verurteilt

Die Einführung einer Pflicht für Ärzte und Ärztinnen, den Strafverfolgungsbehörden zu melden, wenn Minderjährige bereits an ihren Genitalien verstümmelt sind, zählt zu einer der zentralen Forderungen von Terre des Femmes. In diesem Fall seien jüngere Schwestern stark gefährdet. Sie müssten geschützt werden, argumentiert die Frauenrechtsorganisation. Zudem sei es Aufgabe des zuständigen Jugendamts zu klären, welche Unterstützung das bereits betroffene Mädchen braucht, um das erlebte Trauma bewältigen zu können.

Der Deutsche Ärztinnenbund hält eine Meldepflicht für kontraproduktiv, da sie das Vertrauensverhältnis zur Pa-

tientin gefährde. Ärzte und Ärztinnen, die Beschneidungen an Mädchen vor-

nehmen, müssten jedoch angezeigt werden, stellte Astrid Bühnen, Präsidentin des Ärztinnenbundes, gegenüber dem zwd klar. Ebenso scharf verurteilte sie das Wiederzunähen der Vagina nach einer Entbindung. „Gerade beschneidene Frauen müssen in dieser sensiblen und für sie selbst extrem schmerzhaften Phase

intensiv psychosozial betreut werden, damit sie ihre Töchter später nicht verstümmeln lassen“, hob Bühnen hervor.

Im Rahmen einer Unicef-Studie aus dem Jahr 2005 gaben 9,7 Prozent der befragten ÄrztInnen an, schon von in Deutschland vorgenommenen Genitalverstümmelungen gehört zu haben.

„Umfassende und eindeutige Strategien“ gefordert

Das EU-Parlament will mit seinem Antrag zur Bekämpfung der Genitalverstümmelung bisherige Beschlüsse bündeln und erweitern. Die Kommission und die Mitgliedstaaten seien nun dazu aufgerufen, eine „umfassende und eindeutige Strategie“ sowie Aktionspläne ins Leben zu rufen, erläuterte die zuständige Berichterstatterin im EU-Ausschuss für Frauenrechte, Cristiana Muscardini. Zudem werde in dem Antrag eine einheitliche Datenerfassung sowie ein „europäisches Gesundheitsprotokoll“ gefordert.

Der EU-Entschließungsantrag unter www.gesundheit.zwd.de

Gründungstreffen Interministerielle Arbeitsgruppe

zwd Berlin (jvo). Die interministerielle Arbeitsgruppe von Bund, Ländern und Nichtregierungsorganisationen zur Genitalverstümmelung soll sich am 29. April in Bonn konstituieren. Nach Angaben des Bundesentwicklungsministeriums wurden als VertreterInnen der Zivilgesellschaft INTEGRA, das deutsche Netzwerk zur Überwindung der weiblichen Genitalverstümmelung, und die Bundesärztekammer zur Teilnahme eingeladen.

Sie werden gemeinsam mit VertreterInnen aus den Bundesressorts Frauen, Inneres, Justiz, Gesundheit und Entwicklung sowie den Ländern Möglichkeiten zum Schutz in Deutschland lebender Mädchen diskutieren und Folgeschritte vereinbaren.

Die Gründung der Arbeitsgruppe erfolgt auf Grundlage des Antrags „Wirksame Bekämpfung der Genitalverstümmelung von Mädchen und Frauen“ der Bundestagsfraktionen CDU/CSU und SPD.

Der Antrag zum Download unter www.gesundheit.zwd.de

Berliner Abgeordnetenhaus Grüne streben Bundesratsinitiative an

zwd Berlin (jvo). Die Grünen-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus tritt für eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel ein, Genitalverstümmelung grundsätzlich als schwere Körperverletzung zu sanktionieren. Einen entsprechenden Antrag hat das Abgeordnetenhaus am 2. April zur Beratung an die Fachausschüsse überwiesen. Darin fordern die Grünen auch, die Aufklärung über Genitalverstümmelung und Hilfe für Betroffene zu verstärken. Zu diesem Zweck soll sich der Berliner Senat im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz für den Aufbau eines bundesweiten Referenzzentrums mit Standort in Berlin einsetzen und dieses mitgestalten.

Der Antrag zum Download unter www.gesundheit.zwd.de

Mechthild Rawert (MdB)

Gesetzgebung – wichtiger Motor für eine gendergerechte Gesundheitsversorgung

(zwd) Frauen sind anders krank als Männer. Eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung und -förderung ist deshalb aber noch längst nicht selbstverständlich geworden. Der Gesetzgeber hat hier die dringende Verpflichtung, Grundlagen für eine gendergerechte Medizin zu schaffen.

Gender Mainstreaming ins „Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung“ (GKV-WSG) zu implementieren, scheiterte am Widerstand der CDU/CSU-Fraktion. Zumindest für den Entschließungsantrag zum GKV-WSG (Dr. 16/4220) bestand Einigkeit darüber, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, „auf dem Gebiet der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung auf eine die Unterschiede der Geschlechter sowie unterschiedliche Lebenslagen und das Alter berücksichtigende medizinische Versorgung hinzuwirken.“

Krankenkassen: Pflicht zur gendergerechten Versorgung

Dazu zählen insbesondere die Ausrichtung der Gesundheitsangebote auf die unterschiedlichen Belastungen und Ressourcen von Männern

und Frauen sowie die Verbesserung des Zugangs zu einer gleichwertigen Versorgung (Entwicklung von Arzneimitteln, Anwendung der Diagnostik und Therapie von Krankheiten).

Auf dieser Grundlage wurde am 18. Juni 2007 folgender Passus in die Satzung des neu gegründeten Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen aufgenommen: „Der Spitzenverband Bund setzt sich für eine Gesundheitsversorgung ein, welche alters-, geschlechts- und lebenslagenspezifische Besonderheiten berücksichtigt. Er beachtet diese Ziele bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und in seiner Verwaltung.“ Damit verpflichten sich die Krankenkas-

sen zu einer geschlechtergerechten Gesundheitsversorgung. Vorrangiges Ziel der Gesundheitspolitik muss die Erhaltung bzw. die Förderung von Gesundheit sein. Gesundheitsförderung bedeutet dabei auch, Ungleichheiten aufgrund des Geschlechts abzubauen. Die rot-grüne Koalition hatte bereits einen Entwurf für ein Präventionsgesetz vorgelegt. Bis heute wird hier leider

jede Gesetzesinitiative von der CDU/CSU blockiert.

Mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz hat die SPD insbesondere für Frauen, die ja den Großteil der Pflege von Angehörigen wahrnehmen, deutliche Leistungsverbesserungen durchgesetzt. Die Pflegesätze wurden erhöht, Leistungen für die Betreuung von demenzkranken Menschen verbessert und die Einrichtung von Pflegestützpunkten beschlossen.

Tritt unerwartet ein Pflegefall auf, können Beschäftigte kurzfristig für bis zu zehn Tagen bezahlt der Arbeit fern bleiben, um die Pflege in dieser Zeit sicherzustellen oder eine bedarfsgerechte Pflege zu organisieren. Ferner wurde eine kultursensible Pflege als qualitativer Standard anerkannt.



SPD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, Mechthild Rawert

Foto: privat

Treffpunkt Bundestag

Als zuständige Berichterstatterin der AG Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion hat Mechthild Rawert die Veranstaltungsreihe „Treffpunkt Bundestag: persönlich betroffen, politisch verantwortlich“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, PraktikerInnen sowie ParlamentarierInnen für eine genderorientierte Gesundheitsforschung und -versorgung zu sensibilisieren. Bei der Auftaktveranstaltung im November 2007 stand die Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs auf dem Prüfstand. Im Juni 2008 folgte ein Diskussionsforum zur gendersensiblen Arzneimittelforschung. Eine kritische Auseinandersetzung mit der „Volkskrankheit Depression“, von der vor allem Frauen betroffen sind, fand im Januar dieses Jahres statt.

Alle zwd-Berichte zur Veranstaltungsreihe „Treffpunkt Bundestag“ für Abonnentinnen und Abonnenten zum Nachlesen unter www.gesundheit.zwd.info:

- Volkskrankheit „Depression“ aus der Tabuzone holen (erschieden im FGP Nr. 263)
- Arzneimittel: Geschlechtergerechte Versorgung auf dem Prüfstand (erschieden im FGP Nr. 257)
- SPD-Gesundheitsexpertin fordert Debatte über HPV-Impfung (www.zwd.info, 16.11.2007)

Gefährlicher Boom von Schönheits-OPs am Genital

Beschäftigt hat sich das Parlament auch mit dem Thema „Schönheitsoperationen“. Nicht nur in Deutschland greift der Schönheitswahn mit all seinen Begleiterscheinungen um sich. Der neuerliche Boom von Operationen am weiblichen Genital ist besorgniserregend. Hier breitet sich nach Gesicht, Busen, Po und Bauch eine ganz perfide Form der Medikalisation und

Sexualisierung von Mädchen- und Frauenkörpern aus. Mit dem Antrag „Missbräuche im Bereich der Schönheitsoperationen gezielt verhindern – Verbraucher umfassend schützen“ hat die SPD ihre Entschlossenheit im Kampf gegen den Schönheitswahn unterstrichen.

In Kürze wird ein Antrag der Koalitionsfraktionen eingebracht, in dem Bundesregierung und Länder aufgefordert werden, Schritte zur Minimierung gesundheitlicher und psychischer Risiken solcher Eingriffe zu prüfen. Hier sind Regelungen zur besseren Beratung potenzieller PatientInnen und Vorschriften für die Ausbildung von plastischen ChirurgInnen erforderlich. Geprüft werden sollte in den Bundesländern auch die Möglichkeit einer Nachweispflicht der Ärzte und Ärztinnen über einen umfassenden Haftpflichtversicherungsschutz, denn anders als bei Rechtsanwältinnen wird die Zulassung eines Arztes bislang nicht an den Nachweis einer Haftpflichtversicherung geknüpft.

Genitalverstümmelung: Druck auf afrikanische PartnerInnen

Auch die Bekämpfung der Genitalverstümmelung ist und bleibt ein Thema. Trotz einiger Erfolge in den vergangenen Jahren gibt es hier noch viel zu tun. Zwar wird dieses Verbrechen in den meisten Ländern Afrikas mittlerweile per Gesetz geächtet. Die grausame Realität sieht aber leider oft noch anders aus. Hier müssen Deutschland und die Europäische Union noch mehr Druck auf die afrikanischen PartnerInnen ausüben.

Frauen sind die tragende, qualitätssichernde Säule unseres Gesundheits- und Pflegesystems. Beide Systeme werden nur durch eine geschlechtergerechte Gesundheits- und Pflegepolitik in Zukunft tragfähig sein.

Die Autorin ist direkt gewählte SPD-Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Berlin Tempelhof-Schöneberg und Mitglied des Gesundheitsausschusses im Bundestag. Sie kandidiert erneut für den Bundestag.

Termine

23. – 25.04.2009, Salzburg/Österreich

7. Österreichischer Kongress „Krebs bei der Frau“
www.oeggg.at

24. – 25.04.2009, Köln

II. Kölner Brustkrebskongress
www.ago-online.org

24. – 25.04.2009, St. Pölten/Österreich

Jahrestagung der österreichischen Gesellschaft für geschlechtsspezifische Medizin
www.gendermedizin.at

29.04. – 03.05.2009

Antalya/Türkei
VIII. Internationaler Deutsch Türkischer Gynäkologenkongress
www.tajev2009.org

06. – 09.05.2009, Berlin

24. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Perinatale Medizin (DGPM)
www.dgpm-gnpi-2009.de

02. – 05.06.2009, Hamburg

14. Suchttherapietage
www.suchttherapietage.de

10. – 13.06.2009, Wien/Österreich

Jahrestagung der Österr. Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe und der Bayer. Gesellschaft für Geburtshilfe und Frauenheilkunde
www.oeggg.at

21. – 25. 06.2009, Göteborg/Schweden

19. Weltkongress für Sexuelle Gesundheit
www.sexo-goteborg-2009.com

24. – 27.06.2009, St. Gallen/Schweiz

Deutsch-Österreichisch-Schweizerischer AIDS-Kongress
www.aids2009.ch



Alle Termine auf einen Blick unter www.gesundheit.zwd.info

clio

DIE ZEITSCHRIFT FÜR FRAUENGESUNDHEIT

Hrsg: FPGZ e.V.
Bamberger Str. 51
10777 Berlin

Fon: 030/213 95 97
Fax: 030/214 19 27
ffgzberlin@snaifu.de
www.ffgz.de

Nr. 68: Einschnitte
Frauen – Körper – Erleben

Weibliche Sexualität heute
Körperidentität
Genitaloperationen
Genitalverstümmelung

Erscheint 2x jährlich, Heft 3,90 €, Abo (4 Ausgaben) 19,20 € incl. Versand

Gesellschaft Chancengleichheit e.V.



Senden Sie diesen Coupon an: Gesellschaft Chancengleichheit e.V., Postfach 601661, 14416 Potsdam
Fax 0331-7400758, Mail: info@chancengleichheit.de

Unterstützen Sie mit Ihrer Spende unsere Projekte zur Bildungs- und Frauenpolitik !

Die Gesellschaft Chancengleichheit e.V., ein Zusammenschluss von Persönlichkeiten, die sich seit Jahren für die Chancengleichheit im Bildungswesen und zwischen den Geschlechtern engagieren, fördert die Durchführung einschlägiger Tagungen sowie die Verbreitung entsprechender Themen, u. a. in Beilagen der zwd-Magazine für Bildungspolitik und Frauenpolitik. Sie können solche Projekte durch eine steuerlich absetzbare Spende unterstützen und damit

- spezielle Themen sponsern, z.B.
 - Gender/Frauen und Gesundheit
 - Frauenarbeit in der 3. Welt
 - Digitale Chancengleichheit
 - Bildung im Alter (nach der Erwerbsphase)
 - Patenschaftsabonnements zeichnen.
- Sie sind an einer **Mitarbeit** interessiert?
Sie sind **herzlich willkommen** !
(Kontakt: Holger H. Lührig 01632487487)

Ich möchte die Gesellschaft Chancengleichheit e.V. unterstützen:

- Zur Unterstützung der thematischen Arbeit im Bereich

spende ich einmalig einen Betrag in Höhe von _____ EUR

Spendenkonto: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 8551244, BLZ 38050000

Nach Eingang des Betrags auf das Konto der Gesellschaft Chancengleichheit e.V. erhalte ich eine (steuerlich absetzbare) Spendenquittung

Ich möchte ein Patenschafts-Abonnement für den zwd zeichnen:

- Ich spende hierzu einen Betrag von _____ EUR. Ab einer Spende in Höhe von 100 Euro gibt es vom Verlag ein Freiabo für das zwd-Magazin FRAUEN. GESELLSCHAFT UND POLITIK mit dem Supplement FRAUEN.GESUNDHEIT & POLITIK (Dauer ein Jahr). **Bezieher/in des Frei-Abos** soll sein:

Name, Vorname _____

Anschrift _____

E-Mail _____

Ihre Anschrift:

Name, Vorname, Anschrift _____

Telefon/Telefax/E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

BESTELLCOUPON

An den zwd, Postfach 601661, 14416 Potsdam

Ich bestelle ein Jahresabonnement für:

- zwd **Frauen. Gesellschaft und Politik** + zwd **Supplement FrauenGesundheit & Politik** + Lizenz für die Nutzung der zwd-Portale www.frauen.zwd.info sowie www.gesundheit.zwd.info
 - Euro 14,- * pro Monat für Redaktionen, Institutionen
 - Euro 8,- * pro Monat für privaten Bezug
 - Euro 6,- * pro Monat für Studierende
 - zwd Supplement **FrauenGesundheit & Politik** + die Lizenz für die Nutzung der zwd-Portale www.frauen.zwd.info sowie www.gesundheit.zwd.info
 - Euro 6,50 * pro Monat
- (* inkl. Mehrwertsteuer und anfallender Versandkosten)

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Ort/Datum/Unterschrift:

Ich kann die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen.

2. Unterschrift

Interview mit Gesine Schwan
Fortsetzung von Seite 6

Schwan: Ich glaube, hier liegt wirklich mehr eine allgemein gesellschaftspolitische als eine geschlechterspezifische Frage vor. Weil Wissen heute so schnell veraltet, müssen die Menschen einerseits mehr Methodenwissen erwerben, also lernen, wie man lernt, und andererseits mehr Bereitschaft aufbringen, immer wieder neue Qualifikationen zu erwerben. Bildung in einem höheren Lebensalter ist also für alle wichtig – und kann übrigens ganz zweckfrei auch einfach schön und befriedigend sein. Trotzdem muss man natürlich im Auge haben, dass sowohl die Bildungsverläufe wie die Berufswege von Frauen und Männern unterschiedlich sind. Insofern muss man auch beim lebens-

langen Lernen Angebote formulieren, welche die spezifischen Interessen der jeweiligen Gruppen treffen. Ich weiß von vielen Frauen, die Hochschulabsolventinnen sind, dass sie gerne promoviert hätten, dies aber wegen der Kinderphase nicht verwirklicht haben. Vielleicht wäre es eine Idee, extra für diese Frauen eine Spät-Promotion einzuführen.

zwd: Welche Möglichkeiten hätten Sie als Bundespräsidentin, eine am Prinzip der Partnerschaft ausgerichtete Lebensgestaltung bei Männern und Frauen zu fördern?

Schwan: Hier sehe ich eine ganz Reihe von Möglichkeiten. Man kann

„Auch beim lebenslangen Lernen muss man Angebote formulieren, welche die spezifischen Interessen von Frauen und Männern treffen.“

Partnerschaftlichkeit propagieren, man kann sie auch vorleben. Und man kann Unternehmen und Institutionen auszeichnen, die diese Philosophie zur gelebten Praxis machen. Die Idee der Partnerschaftlichkeit bezieht sich

für mich ja nicht nur auf Männer und Frauen. Sie ist auch mein Ideal dafür, wie Deutsche und Nicht-Deutsche, Arbeiter und Manager, Ärzte und Patienten miteinander umgehen sollten. Partnerschaftlichkeit und Gemeinsamkeit sind die wichtigsten Begriffe in meinem Denken. Von daher würde ich als Bundespräsidentin natürlich alles tun, um diese Ideale nach vorne zu bringen. In diesem Sinne bin ich eine fleißige Brückenbauerin. ■

Konferenz „Ist Altersarmut unser (Frauen-)Schicksal?“

Rente mit Abschlag: Mittelbare Diskriminierung der Frauen

zwd Berlin (jvo). Frauen zahlen selten über einen Zeitraum von 45 Jahren in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Entsprechend häufig müssen sie mit einem Abschlag auf ihre Rente rechnen. Auf der Tagung des Deutschen Juristinnenbundes (djb) am 25. März in Berlin stand die „45er-Regelung“ im Kreuzfeuer der Kritik, da sie typische Männer-Erwerbsläufe begünstigt.

Die Rente ohne Abschlag ausschließlich für besonders langjährige Versicherte stelle eine unmittelbare Diskriminierung der Frauen dar, betonte Ursula Rust, Professorin für Gender Law und Arbeitsrecht an der Universität Bremen. Sie empfahl, dass Frauen ab 65, die einen Rentenbescheid mit Abschlag erhalten, sich in jedem Fall anwaltlich beraten lassen sollten. Diese Regelung grenze eine individuelle Gruppe aus, erläuterte Rust. Bisher habe der Europäische Gerichtshof in ähnlichen Fällen meistens entschieden, dass die ausgeschlossene Gruppe so zu behandeln sei wie die begünstigte.

Laut einer Studie der Deutschen Rentenversicherung aus dem Jahr 2005 erreichen weniger als zehn Prozent der berufstätigen Frauen die er-



Die Referentinnen Ursula Rust und Christel Riedel mit djb-Präsidentin Jutta Wagner

forderlichen 45 oder mehr Erwerbsjahre. Unter den Arbeitnehmerinnen in den alten Bundesländern sind es sogar nur drei Prozent. Demgegenüber haben mehr als ein Viertel der männlichen Beschäftigten Anspruch auf eine Rente ohne Abschlag.

Christel Riedel, Vorsitzende der djb-Kommission „Recht der sozialen Si-

cherung“ warf dem Gesetzgeber vor, diese Diskriminierung bewusst in Kauf genommen zu haben. Auch das „Friedensangebot“ an Frauen – die Zehn-Jahres-Regelung für Zeiten der Kinderbetreuung – habe nicht gegriffen. Die Berücksichtigung dieser Zeiten habe nur zu einer minimalen Verbesserung der Situation der Frauen geführt.

Auch das Urteil der ver.di-Gewerkschafterin Judith Kerschbaumer fiel klar aus. Sie sprach von einer doppelten Privilegierung. Von der 45er-Regelung würden vor allem besser verdienende Männer profitieren, die ohnehin Anspruch auf überdurchschnittlich hohe Renten hätten.

Am Nachmittag debattierten die Teilnehmenden über alternative Rentenmodelle, die für mehr Gerechtigkeit sorgen könnten. Der Juristinnenbund verfolgt mit seinem Modell das Ziel, diskontinuierliche Erwerbsverläufe besser abzusichern und die Umverteilung innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung zugunsten von Frauen zu verstärken. Das Modell sieht nach 30 Beitragsjahren unabhängig vom individuellen Erwerbseinkommen einen bedarfsunabhängigen Sockelbetrag in Höhe von 300 Euro für alle Versicherten vor.

Diskussionsrunde zur Europawahl 2009

Geschlechterparität in den EU-Gremien als Herausforderung

zwd Berlin (tag). Mit konträren Positionen zur EU-Gleichstellungspolitik haben sich die Kandidatinnen für die Europaparlamentswahlen im Diskussionsforum „Frauen für Europa – Europa für Frauen!“ am 6. April in Berlin präsentiert. Während Evelyne Gebhardt (SPD) für eine Quotenregelung plädierte, um die geschlechterparitätische Besetzung der EU-Gremien zu erreichen, sprach sich Alexandra Thein (FDP) für eine „Bürgerbeteiligung von unten“ aus.

„Wir brauchen die Quote als Instrument“, betonte die Europaabgeordnete Gebhardt in der vom Deutschen Frauenrat und der Europäischen Frauenlobby (EWL) veranstalteten Kandidatinnen-Runde. Im politischen Leben habe sie die Erfahrung gemacht, dass Frauen sehr gute Ideen, Projekte und Konzepte hätten. Jedoch könnten sie diese nur realisieren, wenn sie selbst in den Gremien „an den Machthebeln“ sitzen.

Aus Sicht der FDP sei es wichtig, dass die Zivilgesellschaft beteiligt werde, um die Gleichbehandlung der Frauen und eine paritätische Besetzung aller Ämter zu erreichen, entgegenete dagegen Thein. Anstelle von gesetzlichen Regelungen und Quotierungen ginge es darum, „etwas in den Köpfen der Menschen zu bewegen“. Hierbei sei das Engagement von Verbänden und Vereinigungen – beispielsweise des Deutschen Frauenrates – unerlässlich.

„Zivilgesellschaft muss Druck ausüben“

Auch Ruth Firmenich, Kandidatin für die Bundesliste der Partei Die Linke zu den Europawahlen, hält es für wichtig, dass Frauenverbände am Gleichstellungsprozess in Europa beteiligt sind. Anders als die Kandidatin der FDP vertrat sie die Position, dass die Zivilgesellschaft Druck ausüben müsse, um gerade zu gesetzlichen Regelungen beim Antidiskriminierungsschutz, bei der paritätischen Gremienbesetzung, der Realisierung eines geschlechtergerechten Haushaltes und dem Ausbau des Schut-

zes vor Gewalt gegen Frauen zu gelangen. Die CDU-Kandidatin für das Europaparlament, Marion Berning, zeigte sich einer gesetzlichen Quotenregelung nicht abgeneigt, da sich Frauen immer „noch ganz selten“ auf dem Listenplatz 1 befänden. Voraussetzung für eine gendergerechte Listenaufstellung ist aus Bernings Sicht aber, dass den Bürgerinnen und Bürger Europas vermittelt werde, wie wichtig das Europäische Parlament ist. Schließlich ginge es darum, Frauen zu ermuntern, selbst politisch aktiv zu werden.

Die 50/50-Kampagne der EWL – ein Schritt zum Ziel

Als aktiven Schritt zum Ziel der geschlechterparitätischen Besetzung von Parlament und Kommission nannte EWL-Präsidentin Brigitte Triems die im vorigen Herbst gestartete 50/50-Kampagne ihres aus über 4.000 europäischen Frauenorganisationen bestehenden Dachverbandes. Frauen stellen mehr als die Hälfte der EU-Bevölkerung dar. Daher ist es laut Triems „nur angemessen“, wenn sie gleichberechtigt beteiligt vertreten sind. Derzeit liege der Frauenanteil unter den Parlamentsabgeordneten bei 30 Prozent, jedoch hätten Länder wie Malta oder Zypern überhaupt keine weiblichen Delegierten, so die EWL-Präsidentin. Ein Ungleichgewicht existiert auch in der EU-Kommission, wo nur zehn der insgesamt 27 Kommissarinnen und Kommissare Frauen sind.

Fortsetzung auf Seite 17



Fotos: Grootz

Evelyne Gebhardt, SPD
SPD, Listenplatz Nr. 2

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1994. Vorsitzende des Beirats Europa der SPD Baden-Württemberg und stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF).

Marion Berning, CDU
Listenplatz Nr. 3 / Berlin*

Stellvertretende Vorsitzende der CDU Berlin Steglitz-Zehlendorf und Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf.

* Die Union hat keine bundesweite Liste zur Europawahl, sondern nur Länderlisten

Barbara Lochbihler, Grüne
Listenplatz Nr. 5

Bis zu ihrer Kandidatur für die Europawahl 2009 Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International. Von 1987 bis 1991 Parlamentsreferentin der bayerischen Landtagsabgeordneten Eleonore Romberg.

Ruth Firmenich, Die Linke
Listenplatz Nr. 13

Seit sechs Jahren parlamentarische Assistentin im Europäischen Parlament, derzeit bei Sahra Wagenknecht. Davor Referentin für Menschenrechte und Europa bei der PDS-Fraktion im Bundestag.

Alexandra Thein, FDP
Listenplatz Nr. 11

Selbstständige Rechtsanwältin in Berlin. Seit 1990 in der FDP aktiv. Sie war u.a. langjährige Vorsitzende des Ortsverbandes Dahlem und Mitglied im Vorstand des Landesverbandes Berlin.

Fortsetzung von Seite 16

Barbara Lochbihler, die als Grünen-Kandidatin bei der Europawahl antritt, bekräftigte die Wichtigkeit der EWL-Kampagne. Gleichzeitig beanstandete sie, dass es in innerhalb der EU keine eigene Kommissarin für Frauenpolitik und Frauenrechte gibt.

Um die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern voranzutreiben, rief sie zu einer zweigleisigen Strategie auf. Frauen müssten erstens „querschnittsmäßig überall gefördert werden“, denn die 50-Prozentmarke in den EU-Gremien liege noch in weiter Ferne. Zweitens ginge es darum, eigene Institutionen aufzubauen.

Freier Dienstleistungsverkehr ohne Lohndumping

Politische Rezepte gegen Lohn-, Sozial- und Verbraucherschutzdumping leitete Sozialdemokratin Gebhardt aus dem Europamanifest ihrer Partei ab. Darin wird neben einem europäischen Zukunftspakt für Arbeit auch die Forderung nach freiem Dienstleistungsverkehr als „fünfte Freiheit im europäischen Binnenmarkt“ erhoben. Gebhardt stellte sich zwar hinter den Vorschlag der EU-Kommission, dass Dienstleistungsbetriebe sich in der Gemeinschaft frei bewegen sollen – allerdings darf aus ihrer Sicht dabei nicht das Recht des Herkunftslandes ausschlaggebend sein, sondern nur dasjenige, in dem die Dienstleistung wirklich erbracht wird.

„Freier Dienstleistungsverkehr nach dem Herkunftslandprinzip bedeutet die Einführung eines Wettbewerbs zwischen den Sozialsystemen der Mitgliedstaaten“, so Gebhardt. Dies würde zu Lohndumping und letztendlich insbesondere zu einer Benachteiligung von Frauen führen, weil diese in der Regel die schlechteren Positionen hätten. Gebhardt betonte, dass die von ihrer Partei vorgeschlagenen Regelungen nur dann Sinn machten, wenn gleichzeitig Mindestlöhne in Deutschland eingeführt würden, gerade für Berufe wie Krankenschwestern und Friseurinnen.

Verminderung von Entgeltkluft und Armutsrisiko

Beim Abbau der europaweiten Entgeltkluft zwischen Frauen und Männern maß die Grünen-Kandidatin Lochbihler dem Gleichheitsgrundsatz in der EU-Politik eine zentrale Bedeutung bei. Daneben müsse sich der politische Fokus auf die besonders stark vom Armutsrisiko betroffenen Frauen richten, beispielsweise auf Alleinerziehende und auf Frauen, die sich um die Pflege von Familienangehörigen kümmern. „Wir benötigen individualisierte Rentenversicherungen und soziale Sicherheitssysteme, die an der einzelnen Person ansetzen und nicht nur am Eheverbund“, forderte Lochbihler. Als dritte grüne Forderung nannte sie die Einführung „unterschiedlichster sicherer Mindesteinkommen“.

„Für die Linke ist das wichtigste Gleichstellungsthema, zu erreichen, dass Frauen in der Lage sind von ihrer Arbeit so zu leben und so abzuschern wie Männer das können“, betonte Linkspolitikerin Firmenich. Genau wie ihre Vorrednerinnen Gebhardt und Lochbihler sprach sie sich für einen gesetzlichen Mindestlohn aus.

Gewalt gegen Frauen – auch ein strukturelles Problem

Parteiübergreifend nannten die Kandidatinnen „Gewalt gegen Frauen“ als große politische Herausforderung in der EU. Lochbihler wies darauf hin, dass illegalisierten Frauen und Migrantinnen in der EU nicht nur häusliche Gewalt sondern auch strukturelle Gewalt erlitten, weil sie keine Dokumente hätten. Sie seien häufig „entwürdigenden Arbeitsverhältnissen“ ausgesetzt. Deswegen müsse bei der Suche nach politischen Lösungen nicht nur auf das familiäre Umfeld geschaut werden, sondern auch auf strukturelle Veränderungen. Auch Christdemokratin Berning, die an der Rixdorfschule in Neukölln tätig war, will sich bei einer Wahl ins Europaparlament dem Thema „Gewalt gegen Frauen“ schwerpunktmäßig widmen. ■

Gastbeitrag

Chancengleichheit in Europa bleibt gemeinsame Zukunftsaufgabe

(zwd). Über Chancen und Risiken nationalstaatlicher wie gesamteuropäischer Gleichstellungspolitik diskutierten Fachleute aus Politik und Verbänden auf dem 8. Europäischen Abend „Chancengleichheit – schneller ans Ziel mit Europa?“ am 16. März in Berlin.

Auf der gemeinsamen Veranstaltung von dbb beamtenbund und tarifunion, Europa-Union Deutschland und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland herrschte Uneinigkeit über die Wege, wie die gemeinsame Zukunftsaufgabe aller Europäer und Europäerinnen bewältigt werden soll. Der Vorsitzende des dbb, Peter Heesen, zeigte sich überzeugt, dass bei der Durchsetzung von Chancengleichheit gemeinsam auf europäischer Ebene mehr erreicht werden könne als im rein nationalen Maßstab. Deutschland sei zwar bei der Umsetzung des 2006 in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gut vorangekommen. Es bleibe aber – insbesondere bei der Gleichstellung von Mann und Frau – noch viel zu tun.

Deutschland nicht immer mit Vorreiterrolle

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfamilienministerium (BMFSFJ), Hermann Kues, lobte die Einführung des Elterngeldes als „richtigen und wichtigen Schritt“ auf dem Weg zur Beseitigung von Entgeltunterschieden zwischen den Geschlechtern und somit

auch zur tatsächlichen Gleichstellung. Dies habe die Bundesrepublik Deutschland ohne Vorgaben aus Brüssel umgesetzt, mithin sei die Gleichstellungspolitik in Deutschland weiter als die Vorga-



Foto: Ossenbrink
Kirsten Lüthmann, stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende

ben der EU. Dies sah der Generaldirektor der EU-Kommission für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Nikolaus van der Pas, in seinem Vortrag zum Thema „Chancengleichheit – schneller ans Ziel mit Europa“ anders. Zwar leiste Deutschland mit Projekten wie dem Elterngeld Beispielhaftes, in anderen Bereichen seien viele Mitgliedsstaaten jedoch deutlich weiter. Laut van der Pas sind zudem fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen nur ein Grund für ungleiche Einkommen zwischen den Geschlechtern. Denn bei fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten, der „echten“ Lohndiskriminierung und den berufsbedingten Stereotypen müssten ebenfalls deutliche Veränderungen her. Als positives Beispiel wurde das norwegische Modell mit mindestens 40 Prozent Frauen und Männern in Aufsichtsräten angeführt. Van der Pas wies außerdem darauf hin, dass die Kommission einen

Vorschlag zur Erweiterung der Antidiskriminierungsrichtlinie gemacht hatte, den einige wenige Länder – darunter Deutschland – allerdings ablehnten.

In der Podiumsdiskussion sprachen sich vor allem die Kandidatin der FDP für das Europäische Parlament, Alexandra Thein, und Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), gegen europäische Richtlinien in Bezug auf Antidiskriminierung aus. Beide argumentierten, dass mit Zwang keine Bewusstseinsänderung zu bewirken sei. Dem widersprach Astrid Hollmann, Mitglied der dbb-Bundesleitung. Erst durch gesetzliche Vorgaben hätten Frauen die Chance erhalten, sich in weiten Feldern der Gesellschaft beweisen zu können. Die in der Podiumsdiskussion aufgeworfene Frage nach dem wirtschaftlichen Mehrwert von Gleichstellung kritisierte van der Pas als eine „viel zu eingeschränkte Sichtweise“, denn es ginge um nicht weniger als um Menschenrechte.

Handlungsbedarf beim öffentlichen Dienst

Abschließend bleibt festzustellen, dass auch im öffentlichen Dienst in Zeiten von freiwilligen Absichtserklärungen wenig verändert wurde. Erst durch verbindliche Richtlinien und Zielvorgaben konnten – insbesondere bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Erfolge auf dem Weg zur Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen erzielt werden. Die europäischen Richtlinien und Urteile des EuGH waren dabei wichtiger Antrieb und Motor einer Entwicklung, die noch lange nicht als erfolgreich abgeschlossen gelten kann.



v. li.: Nikolaus van der Pas im Gespräch mit Moderator Andreas Ulrich sowie Astrid Hollmann und Alexandra Thein

Autobiografie von Heli Ihlefeld

Berufliche Erfüllung im Kampf für Gleichstellung

zwd Berlin (jz). Heli Ihlefeld begann ihre Karriere als politische Journalistin in den Gründungsjahren der Bundesrepublik. Sie interviewte Politgrößen wie Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Carlo Schmid, Gustav Heinemann, Walter Scheel, Willy Brandt und Helmut Schmidt, die sie auch auf Auslandsreisen und Wahlkampftourneen begleitete. In der Wahlinitiative von Günter Grass warb sie für einen Bundeskanzler Willy Brandt mit dem sie mehr als nur eine Freund-



schaft verband. Das Geheimnis um ihre Beziehung wurde erst 2004 gelüftet, nun nimmt Heli Ihlefeld selbst erstmals Stellung.

Die Wahl von Annemarie Renger zur Bundestagspräsidentin wurde zum Schlüsselerlebnis für die Journalistin. Zwar sei die erste Frau in dieses Amt ein historisches Ereignis gewesen, allerdings „bekam Renger in ihrer ersten Zeit eine ganz schlechte Presse“, schreibt Ihlefeld. Ihr Ärger über die Missgunst und Häme führte letztendlich zum Wechsel von den Print-

medien in die Politik. Als Pressesprecherin der Bundestagspräsidentin machte sie die Frauenpolitik zu ihrem Thema. Danach kämpfte sie als Gleichstellungsbeauftragte der Deutschen Telekom für eine Unternehmenskultur auf Augenhöhe. Sachlich und zugleich persönlich schildert Heli Ihlefeld ihr Leben – die Geschichte einer mutigen Frau, welche sich in einer Männerwelt zu behaupten wusste.

Heli Ihlefeld (Hg.): Auf Augenhöhe. Eine Auto-Biographie im Spiegel der deutschen Politik. HERBiG Verlag 2008. 19,90 Euro, ISBN: 978-3-7766-2555-4.

Termine

22.04.09, Berlin

Fachtagung der Humboldt-Universität „Entgeltgleichheit herstellen – Strategien, Instrumente, gute Beispiele“

www.genderkompetenz.info

22.04.09, Berlin

Diskussion zum Thema Unternehmen Vereinbarkeit: Reif für die neuen Väter?“, Friedrich-Ebert-Stiftung

<http://www.fes.de>

25.04.09, Hannover

Kongress „WoMenPower“

<http://www.hannovermesse.de/womenpower>

27.04.09 – 28.04.09, Hannover

Tagung der Evangelischen Akademie Loccum „Gleichberechtigung und kulturelle Vielfalt – Gleichstellung und Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund“

<http://www.loccum.de>

29.04.09, Berlin

Tagung der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen zum Thema „Beziehungsweisen: Geschlechterverhältnisse im Wandel“

<http://www.gleichstellung-weiter-denken.de>

07.05.09, Berlin

Fachtagung Amadeu Antonio Stiftung und Bündnis 90/DIE GRÜNEN Landesverband Berlin „Frauen und Rechtsextremismus“

<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/tagung-frauen-u-rex>

Literatur-Tipp

Tod im Tiergarten

zwd Berlin (jz). Die 36-jährige Maike Ebling wird vergiftet im Berliner Tiergarten aufgefunden. Die Ermittlungen von Hauptkommissarin Inge Nowak führen nach Granada: Wurde die Ökologin zur Bedrohung für einen profitsüchtigen Solarzellenhersteller in der Sierra Nevada, ist der Täter unter ihren ehemaligen Studenten zu suchen oder hatte ihre andalusische Geliebte ein Motiv, sie umzubringen?

Inge Nowaks erster Fall konfrontiert sie nicht nur mit der erschütternden Vergangenheit des Opfers, sondern verändert auch ihr eigenes Leben: Auf den Spuren der Toten verliebt sich die Kommissarin Hals über Kopf.

Corinna Waffender erzählt in ihrem ersten Kriminalroman „Tod durch Erinnern“ von Schuld und Vergebung, von Verantwortung und Kontrollverlust, von Rache und Leidenschaft. Gewohnt stilsicher verbindet die Autorin dabei spannende Unterhaltung mit anspruchsvoller Literatur. Seit 2001 lebt Corinna Waffender als Schriftstellerin in Berlin. Die Preisträgerin des Autorinnenforums Rheinsberg (2000) veröffentlicht seit 1985 Prosa und Lyrik in zahlreichen Anthologien verschiedener deutschsprachiger Verlage.

Corinna Waffender (Hg.): Tod durch Erinnern. Kriminalroman. Querverlag 2009. 12,90 Euro, 271 Seiten, ISBN: 978-3-89656-166-4.





Bischöfin Margot Käßmann

„Innerkirchliche Strukturen an Lebenswelten anpassen“

zwd Hannover (hö). Auch zwanzig Jahre nach wegweisenden Gleichstellungsbeschlüssen ist in der evangelischen Kirche Geschlechtergerechtigkeit noch nicht erreicht. Nach den Worten der niedersächsischen Landesbischöfin Margot Käßmann ist die Kirche immer noch „patriarchal geprägt“.

Die aktuellen Zahlen der Einkommensunterschiede und der Frauen in Führungspositionen zeigten, dass wirkliche Gleichstellung von Männern und Frauen noch weit entfernt liege, betonte Käßmann auf der Tagung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „Zukunftsprojekt oder Luxus?“ am 20. und 21. März in Hannover. Als Beispiel nannte sie die Kirchenkonferenz der EKD, in der von über 70 Teilnehmenden nur acht Frauen seien.

Auf der Konferenz gingen die Teilnehmenden der Frage nach, ob in Zeiten von Relevanzverlust und Finanzkrise der Kirchen der Anspruch der Geschlechtergerechtigkeit in Vergessenheit gerät.

Frauen nur zu einem Drittel im Pfarrdienst

Auch die Verteilung in Teilzeit- und Vollzeitstellen sowie die Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern in Deutschland ließen sich teilweise auf die evangelische Kirche übertragen. Eine Befragung innerhalb der niedersächsischen Landeskirche habe



Die niedersächsische Landesbischöfin Margot Käßmann auf der Tagung „Zukunftsprojekt oder Luxus?“ in Hannover.

2004 gezeigt, dass rund 86 Prozent aller Pastoren eine Vollzeitstelle besetzten, aber nur knapp 64 Prozent aller Pastorinnen. Zudem sei nur knapp ein Drittel der im Pfarrdienst Arbeitenden weiblich.

Synodenbeschlüsse von Bad Krozingen und Leipzig als „Meilensteine“

Käßmann forderte, die „innerkirchlichen Strukturen an die Lebenswelt der Frauen und Männer anzupassen“. Die Bischöfin erinnerte an die Synodenbeschlüsse von Bad Krozingen 1989 und Leipzig 1990. Sie seien „ein Meilenstein“

gewesen. Vor zwanzig Jahren hatten sich Vertreterinnen und Vertreter der evangelischen Kirche auf Zielsetzungen im Sinne der Gleichstellung von Männern und Frauen in der Kirche geeinigt. Besonders umstritten war der Quotenbeschluss, betonte Käßmann. Die Kirche hatte sich damals zum Ziel gesetzt, innerhalb von zehn Jahren eine Quote von 40 Prozent Frauen in Leitung und Organen der Kirche zu erreichen. Daran möchte die Landesbischöfin angeknüpft wissen.

In der abschließenden Podiumsdiskussion forderte Brunhilde Raiser, Vorsitzende der Evangelischen

Frauen in Deutschland und ehemalige Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, verbindliche Maßnahmen. Das Thema Geschlechtergerechtigkeit dürfe kein „marginaler Gesichtspunkt“ sein, betonte Raiser.

Impressum

Die zwd Ausgabe Frauen.Gesellschaft und Politik erscheint in der Zweiwochendienst-Verlags-GmbH in Verbindung mit der Gesellschaft Chancengleichheit e.V., Berlin

Redaktionsanschrift:

Luisenstraße 48, 10117 Berlin
Fon: 030/22 487 482
Fax: 030/22 487 484
E-Mail: frauen@zwd.info
Internet: www.frauen.zwd.info

Herausgeberin:

Marion Lührig, E-Mail: marion.luehrig@zwd.info

Verlagsanschrift:

Holger H. Lührig (V.i.S.d.P)
Zweiwochendienst-Verlags-GmbH
Postfach 420511, 50899 Köln

Redaktion:

Dr. Tanja Anette Grootz (tag), Janna Völker (jvo)

Mitarbeit: Lena Högemann (hö),
Jennifer Zimmermann (jz)

Druck:

Druckerei Legerlotz, 50389 Wesseling

Nachdruck nur mit Quellenangabe,
fotomechanische Vervielfältigung nur mit Zustimmung des Verlages

Erscheinungsweise: monatlich,

ISSN-Nr. 0933-9906

(Zweiwochendienst Frauen.Gesellschaft und Politik)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 09. April 2009